

Gelassenheit bei den Grossbanken

Die UBS und die Credit Suisse wollen die Auflagen ohne Kapitalerhöhung erfüllen

nz. · Der Vorschlag der Expertenkommission, der Thematik «Too big to fail» mit einer signifikanten Verschärfung der Kapitalvorschriften zu begegnen, ist bei den Adressaten und an der Börse eher zustimmend aufgenommen worden. Die Grossbanken-Titel eröffneten leicht über dem Schlusskurs vom letzten Freitag. Nach geringen Kursschwankungen gingen die Titel von UBS (-0,48%) und Credit Suisse (+0,38%) am Montag wenig verändert aus dem Markt.

Hart, aber konzise

Die Bankiervereinigung beurteilte die vorliegenden Massnahmen als sehr streng und umfassend. Sie stellten hohe Anforderungen an die künftige Eigenkapitalbasis der beiden Grossbanken, doch werde die angestrebte Systemstabilität deutlich gestärkt und das Problem der impliziten Staatsgarantie gelöst. Weiter wurde die Vorreiterrolle gelobt, aber daran erinnert, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der beiden Finanzinstitute nicht aus den Augen zu verlieren. Begrüsst wurde ferner, dass die Experten klar Abstand vom kruden Eingriff in die Geschäftsmodelle (Auftrennung der Universalbank) genommen haben.

Die UBS gab am Montag nur eine knappe Stellungnahme ab. Danach habe sie an den Empfehlungen mitgearbeitet und sei überzeugt, sie würden zur weiteren Stärkung der Finanzinstitute beitragen. Die UBS habe sich so positioniert, dass sie in zeitlicher Hinsicht deutlich vor Inkrafttreten des umfassenden Regimes Ende 2018 die Eigenmittelvorschriften erfülle, ohne neues Eigenkapital («common equity») aufnehmen zu müssen.

UBS-Finanzchef John Cryan zeigte den Investoren am Montag mögliche Auswirkungen des neuen Regimes auf. Ausgehend von rechnerischen risikogewichteten Aktiven nach «Basel III» von 400 Mrd. Fr., könnte gemäss einem schon vergangene Woche präsentierten Szenario eine Reduktion bis 2018 auf rund 300 Mrd. Fr. erfolgen. Durch zurückbehaltene Gewinne in der Grössenordnung von jährlich 8 Mrd. bis 10 Mrd. Fr. würde das Eigenkapital Schritt für Schritt verstärkt. Analytiker errechneten unter der Annahme, dass zirka 3% des Kapitals in Form von bedingten Pflichtwandelanleihen, sogenannten CoCo-Bonds, gestellt würden, einen zusätzlichen Kapitalbedarf bis Ende 2018 von 37 Mrd. Fr.

Der Bankenspezialist von Helvea erwartet, dass die beiden Grossbanken die Auflage, mindestens 10% Kernkapital zu halten, bereits 2013 erfüllen werden. Gewarnt wird davor, dass die Aufnah-

meffähigkeit des Marktes für CoCo-Bonds – sie spielen im Kalkül der Expertenkommission eine zentrale Rolle – schwierig vorauszusehen sei. Dieser Markt steckt noch in den Anfängen, was mit ein Grund ist, dass die Expertenkommission im Bericht explizit Steueranreize für dieses Instrument erwägt.

Dividenden sollen fliessen

Die Credit Suisse zeigt sich in einer ausführlichen Stellungnahme zuversichtlich, die neuen Anforderungen durch den Aufbau von Kapital aus zurückgehaltenen Gewinnen wie auch mit CoCo-Bonds termingerech zu erfüllen. Weder an den Wachstumsplänen noch an der Dividendenpolitik müssten substanzielle Änderungen vorgenommen werden. Man habe sich in den letzten zwei Jahren auf die neue aufsichtsrechtliche Entwicklung eingestellt, indem die risikogewichteten Aktiven reduziert und das Kapital verstärkt wurde.

Begrüsst wird vor allem, dass die Expertenkommission bei ihrem Ansatz mit satten 19% Gesamtkapital-Unterlegung auf die internationalen Mindestvorschriften aufbaut, wie sie nach «Basel III» ab 2013 gestaffelt umgesetzt werden sollen. Die empfohlenen Massnahmen seien sehr streng, aber geeignet, den hiesigen Finanzplatz zu stärken.